

Fragen

für die Fragestunde der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. April 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Kopp, Gudrun (FDP)	26
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 25
Binder, Karin (DIE LINKE.)	47, 48	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	7, 8
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	28, 29
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	2, 27	Mücke, Jan (FDP)	14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	45, 46	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	49, 50	Ramelow, Bodo (DIE LINKE.)	51
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	3	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	6
Höger, Inge (DIE LINKE.)	43, 44	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	19, 30
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 13	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	9
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	41, 42	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	36, 37	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	10, 11
Königshaus, Hellmut (FDP)	32, 33	Tauss, Jörg (SPD)	20, 21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Trifft es zu, dass die Bundesregierung, wie der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, in der Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 25. März 2009 berichtete, zum derzeit verhandelten Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Rahmenrichtlinie zum Schutz vor Diskriminierung außerhalb des Berufslebens bisher keine Position hat, und inwiefern ist es zutreffend, dass die Bundesregierung in den entsprechenden Sitzungen des EU-Ministerrats und der Ratsarbeitsgruppen dennoch die Position vertritt, dass die Rechtsgrundlage für diesen Richtlinienvorschlag fehle und aus diesem Grund den Richtlinienvorschlag ablehnt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
Kann durch den Bau von Kohlekraftwerken, wie diese jetzt in Eemshaven (Niederlande) in unmittelbarer Nachbarschaft zur Insel Borkum entstehen, die Prädikatisierung „Nordseeheilbad“ Borkum gefährdet sein?*

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
Welche Erkenntnisse bzw. Befunde lieferte die Befragung der Geförderten der Begabungsförderungswerke durch die HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, die laut Angaben der Bundesregierung am 28. Februar 2009 abgeschlossen worden sein soll, und wann werden diese Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert?

* Siehe hierzu auch Frage 27.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

4. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die Forderung vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, an die Gasversorger, die durch die Ölpreisentwicklung gesunkenen Gasbezugspreise in vollem Umfang und schnell an die Verbraucher weiterzugeben, durchzusetzen, und warum wurden entsprechende Maßnahmen nicht schon vor Bekanntwerden der letzte Woche veröffentlichten Gaspreis-Studie ergriffen?
5. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) erhielten den Abschlussbericht „Bestimmung des Inventars an chemischen und chemotoxischen Stoffen in den eingelagerten radioaktiven Abfällen der Schachanlage Asse“ zur Kenntnis, und wie ging man in der BGR mit der darin enthaltenen Information um, dass im Atommülllager Asse II auch diverse nicht radioaktive Giftstoffe wie Arsen, Pflanzenschutzmittel etc. entsorgt wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

6. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach die so genannte Abwrackprämie nur durch Gesetzesänderung nicht als geldwerter Vorteil auf Leistungen nach dem SGB II anrechenbar sei und dieses aufgrund der Dauer eines solchen Gesetzgebungsverfahrens nicht vor Auslaufen der Prämie möglich sei (vgl. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Bundestagsdrucksache 16/12358 vom 20. März 2009, Begründung der Fraktion der CDU/CSU) auch vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich vom Bundeskabinett am 8. April 2009 beschlossenen Verlängerung der Prämie bis Ende 2009 (bitte begründen)?

7. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Bleibt die Bundesregierung auch nach Beschlussfassung über die Aufstockung der Abwrackprämie auf 5 Mrd. Euro bei ihrer Auffassung, dass Arbeitslosengeld-II-Beziehende weiterhin de facto keinen Anspruch auf diese Prämie haben sollen und eine Anrechnung auf die Grundsicherung gerechtfertigt sei?
8. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ungleichbehandlung der einzelnen Antragsteller?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

9. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Besteht für einen in einer landwirtschaftlichen Krankenkasse freiwillig Versicherten, der außerhalb der Landwirtschaft als Angestellter tätig ist, wie für jeden in einer anderen Kassenart versicherten Angestellten, Anspruch auf Krankengeld auch über das Ende des Beschäftigungsverhältnisses hinaus, oder war es die Intention des Gesetzgebers mit dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) (§ 63 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 12 KVLG 1989) – im Vorgriff auf die 1996 eingeführte Weiterversicherung in der Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) – die in einer anderen Kassenart Versicherten Angestellten gegenüber den nicht landwirtschaftlich angestellten LKK-Versicherten zu privilegieren?
10. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bereits vor dem Verbot von Genmais MON810 am 14. April 2009 mit selbigem bestellte Flächen, und welche Konsequenzen hat das für diese landwirtschaftlichen Betriebe?
11. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche „unabhängigen Experten“ (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 14. April 2009) werden oder sind mit der Erarbeitung des Strategiepapiers zur Agro-Gentechnik beauftragt, und welcher konkrete inhaltlich-zeitliche Arbeitsplan liegt dem Vorhaben zugrunde?

12. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Umfasst das in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 14. April 2009 angekündigte Anbauverbot der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 auch die durch das Bundessortenamt für 2009 angemeldeten Sorten-Wertprüfungen von MON810-Varianten und falls nein, mit welcher Begründung?
13. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung, angesichts der Tatsache, dass die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, das Verbot der Aussaat von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON810 mit von dem Genmais ausgehenden Gefahren für die Umwelt begründet hat, konkrete Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang sich diese Gefahren durch die Aussaat von MON810 seit der Genehmigung durch den ehemaligen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, im Jahr 2005 verwirklicht haben bzw. welche Umweltschäden dadurch entstanden sind, und plant die Bundesregierung weitere Untersuchungen oder Forschungsaufträge, um Erkenntnisse darüber zu erlangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

14. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Ist die öffentliche Aussage der Sprecherin des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) „Es gibt vom Bund aus unserem Ministerium ein Angebot an Sachsen, sich zur Erhaltung des Welterbes an der Finanzierung einer Untertunnelung zu beteiligen.“ vom 5. Juli 2008 (vgl. dpa-Meldung vom 5. Juli 2008; diese Aussage bezieht sich auf die Diskussion um den Bau der Waldschlößchenbrücke in Dresden) mit Wissen und Willen des zuständigen Bundesministers, Wolfgang Tiefensee, getroffen worden, und falls ja, hält das BMVBS diesen Vorschlag vor dem Hintergrund des Urteils des Verwaltungsgerichts Dresden vom 30. Oktober 2008 (Az. 3 K 923/04) aufrecht?

15. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der genaue Zeitplan für die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Staatsvertrages zur Hohen-saaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße (HoFriWa) und zur Oder sowie die daran anschließenden Pla-nungsschritte bis zum Ausbau?
16. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es zu verstehen, dass für die Ortsumgehun-gen Berge und Lietzow bei Nauen, die in der Anlage der aktuellen Fassung des Fernstraßenausbaugeset-zes des Bundes vom 9. Dezember 2006 als Vordring-licher Bedarf vermerkt sind, obwohl sie nicht Be-standteil des Bundesverkehrswegeplans vom 2. Juli 2003 ist, bisher keine Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen wurden, wohingegen aber derzeit die Er-tüchtigung der Ortsdurchfahrten Berge und Lietzow in Angriff genommen wird?
17. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Annahmen legte die Bundesregierung der Ermittlung der zukünftigen Lkw-Mauteinnahmen in den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die Pilot-projekte für das Betreibermodell für den mehrstreifi-gen Autobahnausbau (A-Modell) zugrunde, und für wie plausibel hält die Bundesregierung die Abschät-zung der Lkw-Mauteinnahmen?
18. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass die Schätzun-gen der erfolgreichen Bieter um bis zu 75 Prozent über denen des Bundes lagen, und mit welchem Er-gebnis hat die Bundesregierung die Schätzungen der erfolgreichen Bieter kritisch hinterfragt?
19. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele von den über 250 beantragten Förderpro-jekten (siehe Pressemitteilung 065/2009 des Bundes-ministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vom 4. April 2009) widmen sich speziell der Schaffung von Barrierefreiheit, und welche der noch nicht barrierefreien Welterbestätten können mit dem „Förderprogramm UNESCO-Welterbestätten“ barrierefrei umgestaltet werden, sofern das jeweilige Projekt der Antragsteller eine zustimmende Empfehlung von dem „unabhängigen Expertengremium“ und ein entsprechendes Votum des Ministeriums erhält?*

* Siehe hierzu auch Frage 30.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

20. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Wie stellt sich vor dem Hintergrund, dass sich am 26. April 2009 das Kraftwerksunglück von Tschernobyl zum 23. Mal jährt, die Situation des havarierten Atomkraftwerks (AKW) und die von diesem ausgehende Gefahr aus Sicht der Bundesregierung dar?
21. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Welche Maßnahmen wurden in den letzten vier Jahren eingeleitet, um das havarierte AKW in Tschernobyl und den umgebenden Betonmantel weiter abzusichern?
22. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fälle sind der Bundesregierung international bekannt, bei denen Computersysteme von Atomkraftwerken mit schädlichen Programmen bzw. Programmteilen wie u. a. „Viren“, „Würmer“, „Trojaner“, „Rootkits“ befallen bzw. infiziert wurden, und gab es dabei auch Fälle, in denen diese Programme bzw. Programmteile dazu beigetragen haben, dass die Performance des Kraftwerks bzw. von Kraftwerksteilen wie z. B. dem Computersystem von deren Standard-Performance abwich?
23. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Fähigkeit von Atomkraftwerken ein, beim Auftreten von starken Fluktuationen innerhalb eines Tages in der sonstigen Stromerzeugung, hoch- bzw. herunterzufahren, und gibt es eine Einschätzung der Bundesregierung darüber, wie oft Atomkraftwerke (wie z. B. Biblis A oder Brunsbüttel) jährlich herauf- und heruntergefahren werden können, ohne dass dies Folgen für die Anlagensicherheit mit sich bringen würde?
24. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher Genehmigungen sind Giftstoffe wie beispielsweise Arsen, Blei und Quecksilber oder auch Tierkadaver im Atommülllager Asse II eingelagert worden, und welche Herkunft haben die eingelagerten Giftstoffe und Kadaver jeweils?

25. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Vorkommen der Chemikalie TMDD in deutschen Gewässern, und welche Gefahren gehen von TMDD für Mensch und Umwelt aus?
26. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(FDP)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu den in der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit herausgegebenen Broschüre „Roadmap Energiepolitik 2020“ dargestellten Positionen?
27. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, ob die europäische Richtlinie zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft mit ihren Emissionsgrenzwerten nur für sog. Normalluftbereiche definiert ist und ob diese Grenzwerte auch den besonderen Erfordernissen von Reinluftgebieten wie der Insel Borkum, auf die sich Menschen zur Gesundung und Rehabilitation zurückziehen, gerecht werden oder nicht niedrigere Grenzwerte bei solchen Heilbädern und Luftkurorten zugrunde gelegt werden müssten?*

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

28. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Bundeskanzlerin anlässlich des 60. Geburtstages von Josef Ackermann ein Essen im Bankettsaal des Kanzleramtes für 25 Personen ausgerichtet hat, und gab es in dieser Legislaturperiode vergleichbare Einladungen an Personen, die im Bundeskanzleramt ihren Geburtstag gefeiert haben?
29. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt sich die Kostenschätzung von 30 Mio. Euro für ca. 6 000 m² für die Einrichtung einer Dokumentationsstätte „Sichtbares Zeichen“, und ist ein Sanierungsaufwand von 5 000 Euro/m² aus der Sicht der Bundesregierung gerechtfertigt?

* Siehe hierzu auch Frage 2.

30. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche der 33 UNESCO-Welterbestätten in Deutschland sind nicht barrierefrei?*

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung des US-Präsidenten Barack Obama, in Afghanistan nicht mehr die Demokratisierung des Landes zu verfolgen (CBS-Interview, März 2009), und was ist für die Bundesregierung das Ziel des Einsatzes in Afghanistan?
32. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Welchen genauen Wortlaut hat der bisher unveröffentlichte Teil der in Brüssel getroffenen Vereinbarung des NATO-Rates vom 4. Oktober 2001, über die der Europarat-Sonderermittler Dick Marty in öffentlicher Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 26. März 2009 berichtet hat (Duldung von Operationen von US-Dienststellen zur Terrorbekämpfung auf europäischem Boden, Schutz und die Straffreiheit der an solchen Maßnahmen beteiligten US-Bediensteten sowie die restriktive Handhabung der Informationen der jeweiligen Regierungen über durchgeführte Aktionen – „need to know“), und haben der damalige Bundeskanzler, andere Mitglieder der Bundesregierung oder Staatssekretäre daran mitgewirkt bzw. davon Kenntnis erhalten (bitte namentlich auflisten)?
33. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Weshalb behauptet die Bundesregierung in ihrer am 8. April 2009 gezeichneten Antwort auf meine schriftliche Frage 11 vom 1. April 2009 auf Bundestagsdrucksache 16/12601 ihr sei „weder eine NATO-Tagung Anfang Oktober 2001 in Athen noch eine anlässlich einer solchen Tagung getroffenen Vereinbarung bekannt“, obgleich ausweislich einer Erklärung des NATO-Hauptquartiers vom 4. Oktober 2001 der NATO-Rat an jenem Tag in Brüssel (nicht, wie Dick Marty irrtümlich sagte, in Athen) tagte, dort Entscheidungen zu genau jenen Themen getroffen wurden und es über deren Grundzüge sogar eine Presseerklärung des Generalsekretärs Lord George Robertson gibt, und sind das be-

* Siehe hierzu auch Frage 19.

harrliche Schweigen des damaligen Bundesministers des Innern, Otto Schily, über seine Kenntnisse von der Entführung und Verbringung des deutschen Staatsangehörigen Khaled El-Masri nach Afghanistan ebenso wie das offenkundige Nichtwissen des Auswärtigen Amts auf den Grundsatzteil „need to know“ dieser Vereinbarung zurückzuführen?

34. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um den vom Bundesminister des Auswärtigen anvisierten Abzug der US-Atomwaffen in die Wege zu leiten, und welchen konkreten Zeithorizont hat sie sich dafür gesetzt?
35. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Linie in Bezug auf die nukleare Abrüstung wird die Bundesregierung auf der 3. PrepCom (Preparatory Committee) zur NVV-Überprüfungskonferenz (NVV = Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag) im Mai 2009 sowie im Rahmen der NATO vertreten: die Ankündigung des Bundesministers des Auswärtigen, alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen oder die im Vorfeld des NATO-Gipfels von der Bundeskanzlerin vorgetragene Position, an der nuklearen Teilhabe und damit auch an den in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen festzuhalten?
36. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass im Rahmen der umstrittenen Ergenekon-Razien in der Türkei zahlreiche Professorinnen und Professoren, Präsidenten einiger Hochschulen, Medienvertreter und jüngst Mitglieder des Vereins zur Förderung des Modernen Lebens (Çağdaş Yaşamı Destekleme Derneği), die vor allem für die Förderung von sozial benachteiligten Studentinnen zuständig sind, verhaftet worden sind?
37. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Gedenkt die Bundesregierung sich aktiv dafür einzusetzen, dass in der Türkei die Repressionen gegen Laizisten und Kritiker der Regierung möglichst bald ein Ende finden?

38. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Situation der Homosexuellen im Irak – die sich nach verschiedenen Presseberichten in den letzten Wochen massiv verschlechtert haben soll – insbesondere über stattgefundene und geplante Hinrichtungen, Verhaftungen, Verurteilungen, Entführungen und andere Übergriffe (Zahl, Orte, Namen der Betroffenen) durch staatliche Organe und Milizen (vgl. New York Times vom 8. April 2009 „Iraq’s Newly Open Gays Face Scorn and Murder“, S. A 1, www.nytimes.com sowie www.telegraph.co.uk, www.ggg.at, www.queer.de, und wie haben sie und die Europäische Union bislang darauf reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

39. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil von Homosexuellen unter den jetzt durch Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU aufgenommenen Irak-Flüchtlingen, und plant die Bundesregierung angesichts der besonderen Bedrohungslage für Homosexuelle im Irak, diese ebenso wie verfolgte Christen verstärkt aufzunehmen (ggf. warum nicht)?
40. Abgeordnete
**Silke
Stokar von Neuforn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung in einem weiteren Reformabschnitt der Bundespolizei die bahnpolizeilichen Aufgaben an die Länder zu übertragen, und hat es bereits Gespräche mit Polizeigewerkschaften und Personalräten zur Abgabe der bahnpolizeilichen Aufgaben an die Länder gegeben?
41. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen hat das Bundeskriminalamt (BKA) gegenüber der NATO eine Negativempfehlung über Journalistinnen und Journalisten gegeben, die eine Akkreditierung zum NATO-Gipfel in Straßburg/Kehl/Baden-Baden beantragt hatten, und wie begründet die Bundesregierung dies vor dem Hintergrund, dass einer der abgelehnten Journalisten, ein Mitarbeiter der „Le Monde Diplomatique“, im vorigen Jahr beim G8-Gipfel dabei war, ohne dass er dabei in irgendeiner Form auffällig geworden ist und eine Gefahr für die Sicherheit höchstrangiger Politiker darstellte?

42. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, das BKA habe eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Weiterleitung personengebundener Daten über diese Journalisten an die NATO oder inwiefern beabsichtigt sie ggf., Rechtsgrundlage bzw. Praxis des BKA zu ändern?
43. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- Wer ist verantwortlich dafür, dass am 4. April 2009 die Europabrücke von Kehl nach Straßburg für Tausende von Demonstranten des Ostermarsches aus Kehl geschlossen blieb?
44. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.)
- In welcher Form haben sich deutsche Polizisten am Vorgehen gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in Straßburg beteiligt, und welche Mittel haben sie dabei verwendet?
45. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE. an den polizeilichen Absperrungen an der Brücke von Kehl nach Straßburg nicht durchgelassen wurden, während Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen unter Polizeischutz an der Absperrung vorbei auf die Brücke geleitet wurden, und wie bzw. womit ist diese Ungleichbehandlung zu begründen?
46. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie lange nach Brandbeginn des Zollhauses und des Hotels Ibis auf der Straßburger Seite die französische bzw. die deutsche Feuerwehr eintraf?
47. Abgeordnete
**Karin
Binder**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die französische Polizei bei den Demonstrationen am 4. April 2009 in Straßburg Tausende friedlicher Demonstranten unter stundenlangen Tränengasbeschuss genommen hat und Schallgranaten auf sie abfeuerte?
48. Abgeordnete
**Karin
Binder**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die polizeilichen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Art der Grenzkontrollen, die Aus- bzw. Einreiseverbote, der Beschuss der Demonstrationsteilnehmer und -teilnehmerinnen mit Tränengas und Schallgra-

naten, die Blockade der Abschlusskundgebung und andere Repressionsmaßnahmen, schwerwiegende Eingriffe in die demokratischen Grundrechte der NATO-Kritiker und -Kritikerinnen darstellen, und wie begründet sie ihre Auffassung?

49. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Abriegelung der Europa-Brücke deutsche Seite (Kehl) durch Landes- und Bundespolizei am 4. April 2009, die einen angemeldeten Demonstrationzug über die Brücke verhinderte und es auch mehreren Mitgliedern des Deutschen Bundestages der Fraktion DIE LINKE. (namentlich Sevim Dağdelen, Heike Hänsel) erst nach mehrmaligem Protest und halbstündiger Wartezeit ermöglichte, die Brücke bis zur Mitte zu passieren, während der Durchgang für andere Mitglieder des Deutschen Bundestages (namentlich Hans-Christian Ströbele, Sylvia Kotting-Uhl) von der Polizei an gleicher Stelle schneller organisiert wurde?

50. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten von Landes- und Bundespolizei am 4. April 2009, gegenüber mehreren Mitgliedern des Deutschen Bundestages der Fraktion DIE LINKE. (namentlich Sevim Dağdelen, Inge Höger, Ulla Jelpke, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel) sowie einem Mitglied des Europäischen Parlaments der Fraktion GUE/NGL (group of European United Left/Nordic Green Left) (namentlich Tobias Pflüger) auf der Mitte der Europabrücke, trotz Verhandlungsbemühungen und Zusage für eine Freigabe der Europabrücke für die angemeldete Demonstration, diese Zusage nicht eingehalten zu haben, die Entscheidungswege darüber nicht transparent gemacht zu haben und die o. a. Mitglieder des Deutschen Bundestages auf dem Rückweg zur deutschen Seite (Kehl) wiederum mehrmals aufgehalten und unnötig kontrolliert zu haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

51. Abgeordneter
Bodo Ramelow
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen und welchen Umfang werden die Steuerausfälle in diesem Jahr für den Bund, die einzelnen Länder und die Gemeinden haben, und welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die geplante Einführung der Schuldenbremse?
52. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was genau hindert die Bundesregierung, von Finanzinstituten und anderen Unternehmen, denen sie Bürgschaften, Kredite oder sonstige Finanzhilfen gewährt, als Bedingung oder Auflage zu fordern oder zu vereinbaren, dass die Empfänger Spenden an Parteien unterlassen (Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Nicolette Kressl, vom 11. Februar 2009 auf die schriftlichen Fragen des Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Bundestagsdrucksache 16/11955, S. 28 f.), und sieht die Bundesregierung eine Zusage oder Leistung von Parteispenden durch Empfänger solcher staatlicher Finanzleistungen als Verstoß gegen das Parteiengesetz oder EU-Regelungen, insbesondere wegen Wettbewerbsverzerrungen, oder als „unanständig“ an?
53. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, dass der ehemalige IKB-Aufsichtsrat, Ministerialdirektor sowie heutige Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Jörg Asmussen, „das wohl größte Verbriefungsprogramm in Europa“, das die Weltfinanzkrise mit ausgelöst hat, persönlich mit initiierte und noch 2006 trotz erkennbarer Risiken lobte: „die staatseigene KfW, über die das BMF die Aufsicht führt, hat mit dem Promise- und Provide-Programmen zur synthetischen Verbriefung seit 2000 in Zusammenarbeit mit den Banken das wohl größte Verbriefungsprogramm (58 Transaktionen) in Europa TSI geschaffen“ und „Seitens des BMF wird im Umsetzungsprozess der Basel-II-Regeln für ABS vor allem auch darauf geachtet werden, dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie in gängige ABS-Produkte mit gutem Rating investieren“ (ZfgK 2006, 1016, 1017), und hält die Bundesregierung gerade diesen Staatssekretär für geeignet, auf derzeitigem Posten die von ihm persönlich geförderten Fehlstrukturen nachhaltig zu korrigieren sowie darin gescheiterte Banken mit Hunderten Milliarden Euro staatlicher Stabilisierungsmaßnahmen sanieren zu helfen?

